GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XVIII. MAI-IUNIE / MAI-JUIN / MAI-JUNI 1940. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 5-6

Zu den Worten des Minderheitenministers.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

Was wir schon lange erwarteten, geschah endlich: der Minderheitenminister *Silviu Dragomir* scheute die Mühe nicht und besuchte die von Minderheiten bewohnten Landstriche, wo er nicht nur mit den obersten führenden Persönlichkeiten der organisierten Ungarischen Volksgemeinschaft Fühlung suchte, sondern auch mit den Leitern mehrerer Gemeinschaftssektionen, ja sogar die Wünsche der einfachen Dorfbewohner erhörte.

Uns schweben keine Illusionen vor: wir wissen, dass nach geduldigem Anhören der Bitten und Klagen nicht gleich deren Erfüllung, beziehungsweise Abhilfe erfolgt. Doch beruhigt es uns einigermassen zu erfahren, dass Derjenige, der bei Erledigung dieser Fragen sehr einflussreich wirken kann, Anteil nimmt und erhört.

Wir erinnern uns der schmerzlichen Erfahrung für die ungarische Nationalminderheit, als vor beiläufig fünfzehn Jahren Gerüchte kamen, der Direktor der Minderheitensektion des Völkerbundes werde nach Rumänien kommen, um hier die Lage der Minderheiten kennenzulernen. Als er da war, gelangten aber sogar die Kirchenfürsten nur dadurch vor den Direktor, dass sie die Einladung der Regierung zum Festessen zu Ehren dieses Gastes ablehnten, weil sie nicht geneigt waren, mit dem Völkerbundvertreter bloss am weissen Tisch zusammenzutreffen.

Minister Dragomir nahm sich nicht die Zeit zu allerhand Banketts, vielmehr empfing er den Obmann der Kolonistenbauern im Begatal, der mit einfachen ungarischen Worten dem Minister die Lage der Bauern darstellte. Zeugen dieser Scene

beobachteten, welch tiefen Eindruck die Worte des einfachen Mannes ausübten.

Die Kolonisten glauben zwar nicht, dass nunmehr alles gut sein wird und ihre Zukunft rosig ist, doch ihr einfachster menschlicher Wunsch, ihre Lage darzustellen und Abhilfe zu bitten, wurde erfüllt.

Von den gelegentlich dieser Rundfahrt verklungenen Äusserungen des Ministers halten wir die für die bedeutungsvollste, die er in Arad tat. Hier sprach er unter anderem vor der evangelischen Deputation, welche für die Bemühungen des Ministers um die endgiltige Regelung der Superintendenz ihren Dank ausdrückte, folgende Worte:

„Diese Angelegenheit ordnete ich wahrhaftig mit Freude, obwohl viele Schwierigkeiten zu bekämpfen waren. Dankbar entsinne ich mich der Zeit, als Kultusminister Baron Josef Eötvös die damaligen Minderheitskirchen so liberal behandelte und unter anderem auch der rumänischen Kirche freie Religionsausübung gewährte. Mich als Siebenbürger erfüllt mit besonderer Freude, dass ich diese Liberalität mit ähnlicher vergelten kann."

Bei diesem Ausspruch dachte der Minister zweifellos an den, auf Antrag des damaligen ungarischen Ministers für Kultus und Unterricht, Baron Josef Eötvös, im Jahre 1868 geschaffenen Gesetzartikel IX. Dieser bestimmte die Errichtung einer Metropolie für die griech. orientalischen Rumänen, mit den gleichen Rechten ausgestattet wie die serbische, erhob das Siebenbürger griech. orientalische Bistum zum Erzbistum und sicherte beiden von einander unabhängig gemachten Kirchen volle Autonomie.

Der gelehrte Minister kennt in Verehrung der Liberalität des Baron Josef Eötvös sicher auch dessen seelische Einstellung und politische Vergangenheit. Vielleicht ist es diesem Umstand zuzuschreiben, dass er im Telegramm von anfangs März, welches er an den Bischof Ludwig Frint richtete, folgende Worte gebrauchte: „Meinerseits wünsche ich der *endgiltig anerkannten Organisation* die schönste Entwicklung zum eigenen Wohle und zum Erblühen unseres teuren Vaterlandes."

Es ist, als hörten wir den Widerhall der Worte des Baron Josef Eötvös gelegentlich der ungarischen Parlamentssitzung am 11. Juli 1843:

„Unsere heiligste Pflicht ist endlich die Religionsfragen ins Reine zu bringen, nicht nur durch einige teilweise Verfügungen, sondern derart, dass nie wieder unter uns Streitfragen entstehen könnten; bauend auf die Grundsätze, die wir einnahmen, soll nicht nur die Ruhe unserer protestantischen Mitbürger, sondern auch die unsrige endlich gesichert sein."

Zur selben Gelegenheit, als der Minister Dragomir Eötvös's Liberalität huldigte, tat er noch eine bedeutungsvolle Äusserung:

„Das neue Minderheitengesetz ist nicht aktuell. Die Regierung verfügt auch weiterhin gemäss den vorhandenen Gesetzen in Minderheitsangelegenheiten."

Als der Ministerpräsident am 28. November vergangenen Jahres die Schaffung eines Minderheitengesetzes verkündete, waren viele unter uns der Meinung, eher sollten die Bitten der Minderheiten erfüllt werden, deren Erfüllung nicht gegen die bestehenden Gesetzen verstösst, ja deren Erfüllung diese erheischen. Wir betonten auch: nicht geschriebene Gesetze helfen uns, sondern Verständnis, guter Wille. Wenn alle Regierungsmitglieder und auch die unteren Behörden das Beispiel des Ministers Dragomir befolgen, unsere nationale Vergangenheit anerkennen, erhören und erfüllen, dann wird ein Minderheitengesetz niemals aktuell werden, denn auch ohne ein solches kann Verständnis und gemeinsame Arbeit zustandekommen, in einer Zeit, wo sich vor unseren Augen auf den Trümmern des Liberalismus die Tragik der kleinen Nationen abspielt.

Das ungarische Oberhaus fordert die Anerkennung der Rechte der Ungarn in der Slowakei.

In den letzten Monaten hat sich die Lage des Ungartums in der Slowakei verschlechtert. Die Insultierungen einzelner Ungarn haben sich vermehrt und gegen das Ungartum hat eine Verfolgungswelle eingesetzt, die zu argen Befürchtungen Anlass gab. Zudem haben die Slowaken die ungarfeindliche Propaganda im Schatten des deutschen Protektors betrieben und so zugleich auch das freundschaftliche Verhältnis zwischen Ungarn und Deutschland stören wollen. Ungarn konnte diesem Treiben

der Slowaken, das zum Teil von halbamtlichen und sogar von amtlichen Faktoren unterstützt wurde, nicht mehr ruhig zuschauen und so wurde die Angelegenheit im Oberhaus zur Sprache gebracht.

Oberhausmitglied Géza Szüllő ergriff in der Sitzung des Oberhauses vom 30. April vor der Tagesordnung das Wort, sprach zunächst über die Ereignisse im Jahre 1938, die der Slowakei die Selbständigkeit brachten, die zuerst von Ungarn anerkannt wurde. Sodann führte Géza Szüllő aus, dass die Slowakei ein unter deutschem Protektorat stehender Staat sei, aber ein ganz anderes Verhalten an den Tag lege, als dies vom Protektor gefordert wird.

Nach diesen einleitenden grundsätzlichen Feststellungen schilderte Szüllő die neuesten Vorkommnisse in Neutra und in Pressburg, wo bei einer Versammlung Reden erklungen sind, wie: „Allen, die in der Slowakei ungarisch sprechen, soll die Zunge herausgerissen werden." In Pressburg zogen slowakische Hochschüler vor die ungarische Gesandtschaft, demonstrierten und verbreiteten Flugschriften, in denen die Erweiterung der slowakischen Grenze bis nach Miskolc und nach Szolnok gefordert wurde.

Géza Szüllő nannte dies ein böses Kartenspiel, um so mehr, als die Slowaken zugleich auch andere Eisen im Feuer haben. Der slowakische Gesandte in Madrid z. B. hat mit dem alten Vertreter der Tschechoslowakei, einem Vertrauten Benesch', Verhandlungen angeknüpft, ein Vorgehen, das über sich selbst das Urteil ausspricht.

Géza Szüllő schloss seine Rede mit den Worten: Ich habe über diese Vorfälle deshalb gesprochen, damit die deutsche Reichsregierung, die mit uns freundschaftliche Beziehungen unterhält, diese mit dem Deutschen Reiche getriebenen Missbräuche frei und offen desavouiere und um die ungarische Regierung zu ersuchen, der slowakischen Regierung wissen zu lassen, dass der ungarische Staat, wenn auch klein, auf seine Rechte gestützt stark ist jenen gegenüber, die seine Rechte verletzen.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit ergriff sofort Aussenminister Graf Csáky das Wort, sprach zunächst darüber, dass Ungarn zur Slowakei ein gutnachbarliches Verhältnis anbahnen wollte, stellte fest, dass Ungarn als eine alte Kulturnation war-

ten könne, doch sei das Mass bereits voll. Die Grenze unserer Geduld ist zu Ende, wenn die Rechte des Ungartums in der Slowakei zum menschlichen Leben nicht unversehrt respektiert werden. Wir werden Versprechungen, die in dritten Staaten gemacht worden sind, keinen Glauben schenken, wenn der ungarischen Minderheit in der Slowakei oder der Würde des ungarischen Staates eine Ungerechtigkeit zugefügt wird.

In energischen Worten verwahrte sich Graf Csáky sodann, dass die Slowaken Deutschland gegen Ungarn ausspielen, ein Unterfangen, das bei der festen Freundschaft zwischen Ungarn und Deutschland zumindest als eitel bezeichnet werden muss. Mit erhobener Stimme fuhr dann Graf Csáky fort:

– Ich will hoffen, dass die Führer der Slowaken die letzte Grenze ihrer Möglichkeit nicht aus den Augen verlieren und sich gesagt sein lassen, dass wir im Schutze der nationalen Ehre, der wir auch die Wahrung des Lebens und der Rechte unserer Brüder hinzurechnen, nicht zögern werden zu handeln, wenn unsere Nachbarn den letzten Rest der Vernunft verlieren.

Ich betone nachdrücklichst – sprach Graf Csáky weiter –, dass es ein gefährlicher Irrtum wäre vorauszusehen, dass wir schwach sind. Jede lebenskräftige und zum Leben berufene Nation kann die Grenze erreichen, an der sie im Interesse ethischer Grundsätze die Theorien der Erwägung oder des augenblicklichen Nutzens unberücksichtigt lässt. Nur jene Völker haben keine Auferstehung, die den Mut zum Leben nicht besitzen.

Es wäre vielleicht zweckdienlicher, wenn die an dieser Sache Interessierten, unser Selbstbewusstsein erkennen, das den Entschluss der ungarischen Regierung zum Handeln bedeutet. Zum Handeln in der Weise und dann, wenn es ihr am nützlichsten erscheint und nicht dann, wenn man sie zum Handeln provozieren wollte.

Problema minorităţilor în discuţia Parlamentului român.

Răspunzând unei interpelări adresată de dă deputat I. Petrovici asupra politicii guvernului faţă de minorităţi, d. ministru Silviu Dragomir a făcut o amplă expunere asupra aceste probleme în şedinţa Camerei Deputaţilor din după amiaza zilei de 18 Aprilie a. c.

D. ministru pentru Minorități a început prin a arăta că minoritățile din România s'au bucurat în toate timpurile de cea mai deplină libertate, principiul călăuzitor al politicii românești fiind în această materie legalitatea de drepturi pentru toți cetățenii țării.

Venind la regimul inaugurat după Constituția din Februarie 1938, d. minîstru Silviu Dragomir a arătat că guvernul român a căutat să clarifice definitiv situația minorităților din România în cadrul noului regim constituțional. În acest scop s'a alcătuit la 1 August 1938 un Jurnal al Consiliului de miniștri care reglementează această problemă spre satisfacția deplină și a minorităților și a populației minoritare.

„Pentru România — a spus d. ministru Dragomir — chestiunea minorităților este o problemă strict internă. Nici așezarea geografică, nici numărul redus al acestor minorități și nici procesul istoric din care s'a zămislit poporul românesc în actualul teritoriu al României, nu îndreptățește pe nimeni să pună această problemă pe plan internațional."

Plecând deci dela acest considerent guvernul român a căutat să asigure pe un plan foarte larg desvoltarea vieții tradiționale a minorităților în toate domeniile.

D. ministru pentru minorități a arătat apoi toate înlesnirile făcute minorităților din România dela 1938 până azi pentru a strânge și mai mult colaborarea acestora cu populația majoritară în cadrul Statului român.

Rezumăm mai jos câteva din realizările mai importante.

Prin încadrarea în „Frontul Renașterii Naționale" minoritățile și-au exercitat drepturile lor politice fără de nici o stânjenire trimițând reprezentanții lor în Parlamentul Țării.

Prin modificarea legii pentru dobândirea naționalității s'a dat din nou posibilitate tuturor minoritarilor cari nu se înscriseseră încă în listele de naționalitate, să dobândească naționalitatea română.

S'au făcut toate înlesnirile posibile pentru ca minoritarii să-și poată exercita și desvolta credința lor și s'a înființat o nouă eparhie reformată și o superintendență evanghelică la cererea maghiarilor din România. S'au egalizat salariile preoților reformați și unitarieni cu ale celor catolici prin înscrierea sumelor necesare în bugetul Statului. S'au rezolvat toate diferendele dintre biserica romano-catolică și Statul român.

În domeniul şcolar li s'a asigurat minorităţilor cea mai deplină libertate în materie de învăţământ. Statul român a înscris în bugetul său sume importante pentru subvenţionarea şcoalelor particulare minoritare; s'a legiferat libertatea părinţilor de a alege şcoala la care să înveţe copii fără nici o imixtiune a autorităţilor şcolare; s'au înfiinţat noui şcoli minoritare particulare şi de Stat de toate gradele şi categoriile; s'au asigurat cotele respective în bugetele comunale pentru întreţinerea şcoalelor minoritare şi li s'au satisfăcut în general o serie întreagă de doleanţe în legătură cu învăţământul.

În afară de acestea s'au făcut minoritarilor tot felul de înlesniri de ordin economic şi social, asigurându-li-se o situaţie prosperă în cadrul Statului român.

În condiţiile acestea era firesc deci ca minorităţile din România să se orienteze către o colaborare sinceră şi leală cu populaţia majoritară şi cu guvernul ţării şi să se solidarizeze cu interesele Statului român. Această strânsă colaborare şi solidaritate este o realitate pe care d. ministru pentru Minorităţi s'a declarat satisfăcut să o constate mai ales în aceste timpuri.

Gründung der Ungarländischen Slowakischen Christlichen Volkspartei.

Auf Anregung des vormaligen Senators der Hlinka-Partei, Michael Kalcsók, hat sich am 28. April in Budapest die „Ungarländische Slowakische Christliche Volkspartei" gebildet. An dieser ersten Versammlung nahmen alle führenden Personen des ungarländischen Slowakentums und die Vertreter der an Ungarn wieder angegliederten Gemeinden mit slowakischer Bevölkerung teil. Die Gründungsversammlung wurde von Michael Kalcsók eröffnet, der die Zielsetzungen der neuen Partei zusammenfasste und betonte, dass die Partei auf der Grundlage der unverbrüchlichen Treue zum ungarischen Vaterland stehe und die Verwirklichung der Interessen des Slowaken in Ungarn im Rahmen der ungarischen Verfassung und im Geist der ungarischen Gesetze anstrebt. Er führte aus, dass diejenigen, die nach jenseits der Grenze schielen, unrichtig vorgehen, denn auch die Slowaken bindet an dieses Land die Scholle, die sie

im Schweisse ihres Angesichtes bebauen und demnach auch für das Vaterland bearbeiten. Die ungarländischen Slowaken legen Gewicht darauf, dass ihre Wünsche und Beschwerden Gehör finden, eben darum verfolgt die Partei das Ziel, an das Ungartum eine Annäherung zu schaffen, mit dem sie in Liebe und Eintracht zu leben wünscht. Er drückte sodann die Überzeugung aus, dass die Slowaken auf diesem Wege alles erhalten werden, was ihnen die Gesetze bieten.

Das veröffentlichte Programm wurde von der Versammlung angenommen und enthält die feierliche Erklärung, dass die Partei sich gegenüber dem ungarischen Vaterland auf die Grundlage der unbedingten und vorbehaltslosen Treue stellt und bestrebt ist die Interessen und Rechte auf Grund der ungarischen Verfassung und Gesetze geltend zu machen. Schliesslich fasst das Programm die politischen und kulturellen, wie auch wirtschaftlichen Wünsche der hier lebenden Slowaken zusammen und urgiert die zeitgemässe Durchführung der ungarischen Minderheitsgesetze und Verordnungen.

Hernach wurde zum Vorsitzenden der Partei einstimmig Michael Kalcsók gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt der gewesene Senator der Hlinka-Partei Adolf Melisek und der Propstpfarrer von Verebély Ludwig Zsák. Mitglieder der engeren Parteileitung wurden Waisenstuhlassessor Peter Bazovszky, ferner die slowakischen Landwirte Johann Masuch (Bánkeszi), Johann Mach (Tótmegyer) und Stefan Holka (Valkház) gewählt.

Die Katholiken der Gemeinde Bezdán in Jugoslawien bekommen ihr, für Schulzwecke bestimmtes unbewegliches Vermögen zurück.

Zu Beginn dieses Jahres brachte der Kassationshof von Neusatz (Ujvidék) einen Entscheid prinzipieller Bedeutung, welcher lautet: „Auf Grund ministerieller Verordnungen sind die weggenommenen *konfessionellen Schulgebäude* unverändert das Eigentum der betreffenden Kirche, diese müssen zurückgegeben und für deren Benützung muss die rückständige Miete bezahlt werden. Über kirchliches Vermögen verfügt jederzeit die Kirche

und dieses kann nicht expropriiert oder einfach weggenommen werden."

Emerich Prokopy, der diesen Entscheid samt Vorerscheinungen bekanntgab, fügte seinem Bericht folgende Bemerkung bei: „Die Angelegenheit der rechtswidrig weggenommenen konfessionellen Schulgebäude wird also irgendwie langsam in Ordnung gebracht. Was geschieht aber mit dem eigenmächtig weggenommenen übrigen Teil der Schulvermögen, besonders mit den, für die Zwecke der Agrarreform genommenen und unter Dobrovoljazen und anderen Prätendenten verteilten kirchlichen und Gemeinde-Schulzwecken bestimmten Grundstücken, konfiszierten Schulfonds, Stiftungen und Baargeldern?"

Nun bringt die am 20. April erschienene Nummer des „STUD" die Nachricht, als Auswirkung des obigen Entscheides habe das Donaubanatsamt die Gemeinden in einem Rundschreiben angewiesen, zur Vermeidung weiterer Prozesse und Kosten ohne Aufschub die *weggenommenen Kirchenvermögen* zurückzugeben und für deren bisherige Benützung entsprechende Entschädigung zu entrichten. Dieser Weisung kam als erste die Gemeinde *Bezdán* nach, indem sie die *Grundstücke und das Gebäude der Schule* zurückgab. Die Kirche bekam auch Entschädigung und obwohl diese nicht annähernd den tatsächlichen Schaden deckt, ist anzunehmen, dass die kirchlichen Behörden zur Förderung der Regelung dieser seit Jahren Bereinigung heischenden Frage, das Übereinkommen zwischen der Gemeinde und dem Schulstuhl genehmigen werden.

Ob der Vorfall in Bezdán uns hoffen lässt, dass die von Emirich Prokopy aufgeworfene Frage in vollem Umfang günstige Lösung finden wird?

Das deutsch-slowakische Verhältnis.

Die nachfolgenden Zeilen lesen wir in der April-Nummer der Zeitschrift «*Nation und Staat.*»

Es liegt auf der Hand, anzunehmen, das slowakische Volk betrachte das Deutschtum als den grossen Nachbar, der es vollständig in seiner Gewalt hat, und auf der andern Seite sähe das deutsche Volk im Slowakentum nur den unbedeutenden kleinen Staat, dem es zur Selbständigkeit verholfen hat. Diesbezüglich gibt eine Erklärung des Oberkommandierenden der

Hlinka-Garde und Propagandachefs der slowakischen Regierung, Sano Mach, die er nach seiner kürzlich stattgefundenen Deutschlandreise abgab, wertvolle Einsichten. Mach sagte: „Die slowakisch-deutschen Beziehungen werden bei uns nicht nur als vertraglich gewertet, die Beziehungen zwischen unseren beiden Nachbarstaaten entspriessen einer herzlichen Freundschaft. Überall wo ich war, habe ich diese Aufrichtigkeit und Herzlichkeit zu fühlen bekommen. Bei dieser Gelegenheit sah ich, dass tiefe Freundschaft uns verbindet. Der Slowakei ist es immer gut gegangen, wenn sie an der Seite Deutschlands ging. Ich weiss ganz genau, dass wir nicht selbständig wären, wenn nicht Deutschland gewesen wäre. Ich glaube fest an die weitere aufrichtige slowakisch-deutsche Kameradschaft und an die Grundsätze der Politik des Führers." Und weiterhin äusserte sich Mach über die Art, wie der Deutsche den Slowaken ansieht: „Ich hatte nirgends und niemals das Gefühl einer minderen Einschätzung unserer Nation. Im Gegenteil, die Deutschen sprachen mit Bewunderung über den Kampf, den wir kämpften, als wir den Weg der Freiheit suchten. *In Deutschland kennt man unsere Ziele und es wurde mir versichert, dass wir in unserem weiteren Kampf um eine bessere Zukunft aller Slowaken Unterstützung finden werden.* Die Deutschen sind auch über unsere innenpolitischen Angelegenheiten genau informiert, aber ich muss hier betonen, dass sie sich in keiner Weise in unsere inneren Angelegenheiten einzumengen wünschen." Diese Erklärungen, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln kein Grund vorliegt, beweisen, dass die möglichen Schwierigkeiten, die im deutsch-slowakischen Verhältnis hätten auftauchen können, umgangen werden konnten.

Der 14. März wurde in Pressburg als grosser Nationalfeiertag begangen. Die Festsitzung des slowakischen Parlaments fand in dem Saal statt, in dem vor einem Jahr die Selbständigkeit der Slowakei verkündet worden war. Staatspräsident Dr. Tiso, der katholische Geistliche an der Spitze des Staates, erliess eine Botschaft an sein Volk, in welcher er sagte: „Der 14. März war kein Zufallserfolg, sondern nur die Erfüllung des Wirkens geschichtlicher Kräfte. Wir stehen im Dienst der unabdingbaren Rechte des slowakischen Volkes, das während eines Jahrtausends nicht vernichtet werden konnte. Trotz der schwierigen internationalen Lage sind die Gründung des Staates und

sein Aufbau ohne wesentliche Erschütterungen vor sich gegangen. Neben Gott, der unser Wirken offensichtlich segnete, verdanken wir die erzielten Erfolge in erster Linie der schirmenden Hand des deutschen Volkes und seinem Führer Adolf Hitler, der uns die Ruhe nach aussen sicherte, damit wir uns ungestört unserem Aufbau widmen konnten."

Die Aufgaben, die sich dem slowakischen Staat in diesem ernsten Jahr seiner Unabhängigkeit stellten, waren nicht leicht. Ohne die notwendige Erfahrung zu besitzen, galt es nun aus dem Nichts einen komplizierten und empfindlichen Organismus aufzubauen. Hiezu äussert sich der slowakische Gesandte in Berlin, Matus Cernak, im „Völkischen Beobachter" (14. März) folgendermassen: „Wir brachen keineswegs zusammen, sondern wir bewältigten mit eigenen Kräften die Verwaltung, die Ordnung und den durch die Septembermobilisation gesteigerten Verkehr ohne Störung, noch mehr, die junge Militärkraft des Staates hat den fremden Eindringlingen erfolgreich Widerstand geleistet und beim Rückgewinn des nur vor kurzem geraubten, aber seit jeher slowakischen Landes das ihre getan. Was uns durch Jahrhunderte versagt wurde, geschah in diesem Jahr. Wir haben die Möglichkeit erreicht, eine vollwärtige Nation zu werden. Nicht ein Stand oder eine Klasse oder irgendein anderer beliebiger Bruchteil unseres Volkes, sondern die ganze slowakische Nation wird die Früchte der Entscheidung geniessen, die wir getroffen haben." In ähnlicher Weise wurde der erste Unabhängigkeitstag auch von der slowakischen Presse gefeiert. Der „Slovak", die „Slovenska Politika" und die „Slovenska Prawda", also die massgebenden slowakischen Zeitungen, betonen alle in gleicher Weise das Zusammenwirken von slowakischem Wollen und deutscher Hilfe.

Die Vlämen und der Nationalsozialismus.

Gegenwärtig, da deutsche Truppen einen beträchtlichen Teil Belgiens besetzt haben, rückt die Vlämenfrage wieder als Problem von europäischer Bedeutung in den Vordergrund. Obwohl die Vlämen zahlenmässig die Mehrheit der Bevölkerung Belgiens ausmachen, führten sie doch bis in die jüngsten Tage den Kampf der Nationalminderheit.

Dieser reichte bis zu ihrer Trennung im Jahre 1917, zur zeit der deutschen Besetzung, doch nach dem Rückzug der deutschen Truppen im Herbst 1918 gerieten die Anführer der Vlämen ins Gefängnis oder flohen ins Ausland, das vlämische Volk aber war unter sich entzweit, in Parteien zersplittert wieder gezwungen, den Kampf um Sprach- und sonstige Minderheitenrechte aufzunehmen.

In diesem Kampf traten auch Erscheinungen zutage, welche Denjenigen, die ausschliesslich die Minderheitenkämpfe Mitteleuropas kennen, geradezu unbegreiflich vorkommen mögen.

Von diesen sei nachstehendes Begebnis angeführt:

„Im Jahre 1929 weigerte der vlämische Soldat Lode Bonten, französischen Befehlen zu gehorchen. Die Militär-Behörde war über die Willenskraft dieses Einzelnen stark entrüstet. Er wurde mit Zuchthausstrafe bedroht, aber umsonst, er gab nicht nach. Schliesslich wurde eine Lösung ausfindig gemacht. Lode wurde „dienstunfähig" erklärt. Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt im Militär-Lazarett wurde er entlassen. Damit war die Behörde ihrer Meinung nach, den lästigen „Aufsässigen" los.

Der Vorfall hallte aber in Flandern noch lange nach und in der 1930-er Militärklasse ereignete sich ein zweiter, im Grunde genommen typischerer Fall.

Der Antwerpner Soldat Joris de Leeuw, in Garnison in Namur weigerte ebenfalls französischem Kommando zu gehorchen. Sein Standpunkt, weil er möglich weniger antimilitärisch ist, hat eine überwiegend grössere nationale Bedeutung. Bevor er zum Militär kam, schrieb er dem Kriegsminister einen Brief, worin er diesem seine Absicht offenbahrte. Er behauptete, sich nicht durch einen oder den anderen medischen Zauberspruch „dienstunfähig" erklären lassen zu wollen. Es sei hiebei bemerkt, dass die Militärbehörde gerade wie im Fall Bonten, wieder Auftrag zum Unterbringen ins Militärspital gab. Der Soldat Leeuw wollte seine Militärzeit beenden, aber ... er bestand auf Anerkennung seiner Rechte als Vläme.

Weder die „väterlichen" Ratschläge seines Kompagnie-Obersten, noch die darauf fofgenden Bedrohungen hatten nicht den geringsten Einfluss auf den jungen, standhaften Vlämen. Eine Woche verbrachte er im Kasernen-Gefängnis, dann wurde er nach Brüssel abtransportiert. Danach ging er nach Antwerpen, wo er ins Kriegslazarett untergebracht wurde und nachher, immer mit dem Zweck, die Unzurechenbarkeits-Lösung vorzubereiten, nach dem Kriegsspital in Brüssel.

Der grösstmöglichste Gefängnisdruck wurde ihm angewandt, er aber behielt den Mut und seine zähe Willenskraft.

Er fühlte sich von seinen Getreuen genügend unterstützt, um den Streit mit der übermächtigen, zuweilen diktatorisch vorgehenden Militärbehörde aufzunehmen.

Das gesamte vlämische Volk stand hinter ihm und forderte stolzer und bewusster als je sein Recht."

Diese Weigerung des Rekruten Joris de Leeuw zwang die belgische Regierung, die Sprachengesetze in der Armee endlich durchzuführen. Forthin konnte der eingezogene Soldat bestimmen, in welcher Sprache er kommandiert werden wollte und da ergab sich, dass von 41.173 Rekruten der Jahrklasse 1931, 22.942 die vlämische als Verkehrs- und Ausbildungssprache wünschten, 17.937 die französische und 294 die deutsche. In den vlämischen Provinzen haben von 21.867 Ausgehobenen nur 1367 die französische als ihre Sprache angegeben. Diese Zahlen enthüllen ihre tiefere Bedeutung erst, wenn man bedenkt, dass bei den Aushebungen der vlämische Teil viel stärker gesiebt wird, da der belgischen Heeresleitung das wachsende Übergewicht der Vlämen in der Armee selbstverständlich nicht genehm ist. Aber die vlämische Bevölkerung nimmt zu, die wallonische ab. Diese Entwicklung scheint zwangsläufig. Die volkspolitische Struktur des belgischen Staates ändert sich unaufhaltsam zugunsten des Vlämentums und das umso schneller, als die Wallonisierung vlämischer Volksteile fast zum Stillstand gekommen ist.

Betrachten wir nun, wie das vlämische Volk auf den Sieg des Nationalsozialismus reagierte.

Die kampflustigste Gruppe der vlämischen Aktivisten gab eine Zeitschrift betitelt „Internacia" heraus, in deren Aprilnummer 1933 ein Artikel erschien mit dem Titel: „Die Vlämen und der Sieg von Hitler." In diesem war folgendes zu lesen:

„Heil Hitler" dröhnt es hier, „Nieder mit dem deutschen Fascismus", dröhnt es da, auch bei uns in Flandern.

Die Vlamen sind sich nicht einig darüber. Wie sollten sie es auch, fehlt ihnen doch sogar die einheitliche Richtung ihrer eigenen Politik. Sprechen wir nicht von dem vlämischen Minimalisten, die sich mit dem Fortbestand des belgischen Staates abfinden und in diesem Zwangskader einige Gesetze erbetteln. Seit hundert Jahren senden sie schon Bittschriften an das frankophile Regiment.

Wir wollen hier nur von den vlämischen Nationalisten reden und bei ihnen entdecken wir auf den ersten Blick den spezifisch germanischen Charakterzug: die „discordia domestica".

Foederalisten, Grossniederländer, Verteidiger eines selbständigen Flandern und zehn andere Grüppchen, jede mit ihrem eigenen Programm und Kampfmethoden sind da.

Daran soll Flandern zugrundegehen, werden Sie sagen? Die letzten Parlamentswahlen beweisen es doch?

Wäre das vlämische Volk einmal so schwer geschlagen, dass es nicht weiter ginge, so würden die getrennten Gruppen wohl spontan wieder eine Einheitsfront bilden. Und dann wird Flandern siegen, denn es ist ein Volk, das nicht niedergehen kann, wenn es nicht niedergehen *will*. Das lehrt uns auch die Geschichte mit dem 100-mal erneuerten Bestreben der Französlinge, sich Flandern zu unterwerfen.

Wo Flandern aber und seine wehrhaftesten Kämpfer – die Nationalisten – politisch uneins ist, darf es nicht wundernehmen, dass man nicht einig ist in der Beurteilung deutscher Zustände.

Bei den vlämischen Nationalisten gibt es Vertreter eines, sagen wir ruhig, „Nazisystems" und der ns. Politik (z. B. die Dietschen Nationalsolidaristen) und Gegner von Hitlers Ideen, wie z. B. die Antwerper Frontparteifraktion mit ihrer Zeitung „Die Schelde", die in ihrer deutschen Berichterstattung allerdings seit dem 5. März objektiver wurde. Ausser diesen Fraktionen gibt es noch starke Minderheiten in anderen Gruppen, die im Interesse ihres Kampfes und Volkes kleinliche Uneinigkeit zurückstellen und trotz ihrer demokratischen Einstellung – was nicht mit marxistisch gleichzusetzen ist – den Sieg der NSDAP als erfreuliches Zeichen für Flandern begrüssen.

Sie denken ganz richtig, dass ein starkes und national erwachtes Deutschland einen siegreichen Gewinn für Flandern darstellt.

Die 4.5 Millionen Vlamen sind nur ein schwacher Vorposten des Germanentums, wenn sie den ewig dauernden Kampf mit den Welschen alleine durchkämpfen müssen. Ohne Bundesgenossen, ohne eine wehrhafte Armee von Rassebrüdern könnten sie ihre Stellung nie halten. Und wer könnte – wenn es nicht die Deutschen wären – diese Armee bilden??! Solange Flandern seine eigene Art bewahrt, wird das Rheingebiet nicht dem Franzosentum zufallen. Die Franzosen werden dann immer in zwei Klammern sitzen. Unter einem wehrbaren, reingermanischen Flandern ist es dem Pariser Imperialismus nicht möglich, weiter vor zu rücken. Nur, wenn Flandern gänzlich unter ihrem Sklavenjoch liegt, ist der alte gallische Traum möglich: „Frankreich bis zur Nordsee, dem Rhein und den Vogesen."

So verstehen es die international weitblickenden Vlamen, dass gegenwärtig ein Wiederaufbau Flanderns nur möglich ist mit Hilfe Deutschlands.

Wer, ausser Deutschland könnte Flanderns Bundesgenosse sein, wer könnte ihm sonst helfen, das französische Joch abzuschütteln ?

Nur bei einem grossen internationalen Konflikt könnten die vlämischen Wehrkräfte aufmarschieren. Wenn sie es sonst tun sollen – trotz belgischer Machthaber, Gendarmerie, Militär und Franskiljons (das sind die Französlinge vlämischer Geburt), so würde Frankreich es doch verstehen, den Sieg wieder ungeschehen zu machen, wie es auch 1830 eine französische Armee war, die die „Brabançonne Revolution" ermöglichte. Ohne Hilfe kann Flandern nie den Freiheitskampf gegen das Franzosentum beginnen, wenn es Aussicht auf Erfolg haben will.

Flandern ist also auf Deutschland angewiesen ebenso wie das Deutsche Reich nie auf seine vlämischen Bundesgenossen verzichten darf, wenn es nicht frz. Annexionisten bei sich, d. h. im Rheinland haben will. Diesem Gedanken folgend, freuen sich die Nationalisten in Flandern, dass der Sieg Hitlers ein Erwachen Deutschlands bedeutet und die Sicherheit bietet, dass das anstürmende Lateinentum kein machtloses Flandern und entkräftetes Deutschland antrifft.

Möge Deutschland Rechnung halten und darnach handeln, dass die Vorposten des Germanentums die einzige Sicherheit für die Zukunft bilden, dann wird das mühsam kämpfende Flandern mit ihm rufen: Heil! Erwachendes Deutschland.

Discursul D-lui deputat Ignat Bartha în Camera la 17 Aprilie 1940 despre proiectul de lege al breslelor.

Domnule Preşedinte, Domnilor Miniştrii, Domnilor Deputaţi. Noua Constituţie a deschis pentru viaţa profesională a Statului corporativ o nouă epocă şi dispune aşezarea instituţiilor profesionale pe noi temelii.

În asemenea imprejurări, proiectu de lege pentru recunoaşterea breslelor devine inerent şi discuţia acestui proiect se impune. Reglementarea organizării intereselor profesionale este o cerinţă socială şi în consecinţă o necesitate economică.

Inițiativa Guvernului, în urma consecințelor ce decurg din noua Constituție, este bine venită și în principiu admisibilă.

Cu mici modificări și pe lângă înlăturarea „cărții a doua, despre Camerile profesionale și Uniunea lor" — ni se prezintă astăzi, aproape în intregime proiectul vechi discutat în parte de comisiunile contopite a Senatului și Adunării Deputaților, în care s'a desbătut pe larg partea generală din acest proiect și în detalii până la art. 14.

S'a constatat deja atunci că proiectul, pe lângă multe părți bune, pe care eu nu le voi discuta și pe care le cunoaștem cu toții, are și multe greșeli fundamentale cari trebuieau remediate. Noul proiect nu le înlătură ci se repetă.

În calitatea mea de reprezentant al minorității maghiare în acest Parlament, voi ridica mai întâi obiecțiunile de interes general, urmând să trec apoi la chestiunile ce ating mai de aproape minoritățile. Simțindu-mă încurajat de cuvintele Domnului Președinte al Consiliului de Miniștri, rostite cu ocazia depunerii acestui proiect, arăt următoarele:

1. Proiectul de lege intenționează, cel putin prin numirea ce autorii i-o dau reinființărea breslelor. Numirea de breaslă nu acoperă însă nici-decum noțiunea pe care proiectul o conține și o definește.

Breasla, pe vremuri, era exclusivitatea unei profesiuni. Cel ce profesa o indeletnicire, trebuia să fie în mod obligatoriu membru al acelei bresle.

Rezultatele strălucite ale breslelor din trecut, au putut fi obținute numai prin strânsa colaborare a membriilor lor, bazate pe identitatea desăvârșită a intereselor comune, precum și pe încrederea reciprocă dintre breslași, urmată de o cunoștință directă și neintrerupt controlată.

În proiectul de față, autorii proiectului se mulțumesc de a fi scos în relief «*libertatea voluntară*», contrar cu principiul de «*instituțiuni obligatorii și oficiale*», eliminând în mod expres elementul esențial de obligativitate al breslei.

Proiectul însă indirect forțează această obligativitate de a intra în breaslă, prin exclusivitatea drepturilor și prerogativelor ce urmează a fi exercitate de unicele bresle. A se vedea în această privință art. dela 12. la 19.

Aceste drepturi, acordate în mod exclusiv, merg atât de departe, încât individul, rămas afară din breaslă, nu poate ac-

ţiona, nici atunci când însăşi interesele sale proprii sunt prejudiciate, în urma unor dispoziţiuni legale.

El este constrâns să caute remedii în reprezentanţii breslei, căreia proiectul îi acordă drepturi exclusive, dar fără obligaţii.

Amintesc apoi dreptul exclusiv al beneficiului de asistenţă, acordat prin legea specială. A se vedea în această privinţă art. 19. punctul 3, la care Consiliul Legislativ spune următoarele:

„Potrivit dispoziţiunilor art. 19 punctul 3, din proiect, breslele de profesionişti intelectuali au dreptul exclusiv pentru membrii lor de a beneficia de asistenţă acordată prin legi speciale de către Stat, Ţinut, Comună sau alte autorităţi."

„Consiliul socoteşte, că o atare dispoziţiune înseamnă a priva de dreptul la asistenţă, la ajutor şi pensiune, o catogorie întreagă de persoane, adică pe toţi acei cari nu fac parte din breaslă, dar cari în baza legilor de organizare a caselor speciale au participat până acum la strângerea fondurilor lor."

Prin urmare, această dispoziţiune, care este cuprinsă în art. 19 punctul 3, ar urma să fie înlăturată.

Se pune întrebarea: De ce această libertate fictivă şi nu obligativitate pe faţă?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Fiindcă se opune art. 26 din Constituţie.

D. Ignat Bartha: Vom discuta şi această chestiune.

De ce în expunerea de motive se dă o largă discuţie pe tema „libertăţii voluntare", care după cum o spun autorii proiectului, stă la baza legii?

Totuşi, indirect se impune în mod imperativ, intrarea în breaslă.

De ce să dă numirea de breaslă, când participarea nu este obligatorie, element inerent al breslei?

Nu vreau să fac teorii, Domnule Ministru. Precum a arătat dl deputat Schina, art. 26 din Constituţie nu se opune principiului obligativităţii. Doar avem barourile advocaţilor, barourile notarilor publici; vom avea colegiul medicilor; la baza cărora stă în toate părţile baza de drept a obligativităţii.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Sunt instituţiuni de drept public acelea.

D. Ignat Bartha: Se pune atunci întrebarea şi la acest proiect, Domnule Ministru, dacă în adevăr breslele vor fi persoane juridice de drept public sau de drept privat, fiindcă nu reese acest lucru din proiectul, pe care aţi binevoit să-l depuneţi.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Sunt de drept public. Una este persoana juridică de drept public şi privat şi altă este instituţia de drept public. Vă rog să faceţi distincţia aceasta.

D. Ignat Bartha: Domnule Ministru, Consiliul Superior Economic propune ca breslele să fie recunoscute drept personalităţi de drept public.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Aceasta este altceva. Altceva este instituţia de drept public.

D. Ignat Bartha: Acestea sunt instituţii sau persoane juridice?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Persoane juridice.

D. Ignat Bartha: Sunt persoane juridice, cărora trebue să li se acorde personalitatea juridică de drept public.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: D-le Deputat, am explicat într'un discurs făcut aici, de ce am dat noi numele de breaslă. Numele de breaslă aparţine tradiţiei româneşti şi deaceea l'am păstrat, însă conţinutul noţiunii nu este acela din legea noastră. Adică, noi am întrebuinţat aceaşi analogie, pe care o întrebuinţează şi legislaţia italiană, care a avut corporaţia şi care este trecută aşa în legislaţia modernă, însă cu un alt conţinut diferit de cel medieval. Numele este una şi conţinutul este alta; conţinutul este mult mai modern. Nu revenim la breslele medievale şi nu avem nici un interes să o facem.

D. Ignat Bartha: În orice caz, numirea ar trebui să acopere şi conţinutul. S'ar putea da numele de asociaţiuni . . .

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Lăsaţi-mi mie această parte filologică, să decid eu în chestiunea aceasta. (Aplauze).

D. Ignat Bartha: Atunci să se arate obligativitatea membrilor, căci avem şi noi cuvântul.

2. Breslele din trecut au fost organizaţiuni profesionale *locale.*

Mai sus am arătat, că toţi breslaşii se cunoşteau între ei, având legături personale şi continue. Faţă de experienţa formată în trecut, art. 7 din proiect organizează breslele *pe Ţinut* cu dreptul de a institui în centrele mai importante secţiuni locale, fără personalitate juridică.

Faţă de vechiul proiect de lege, noul proiect dispune că breslele de agricultori se vor constitui pe judeţe potrivit art. 8. punctul 5. În paranteză arăt că consiliul superior economic propune omiterea agricultorilor din bresle.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Nu în intregime; numai a

sindicatelor cu caracter economic, fiindcă atunci în județele unde nu sunt sindicatele actuale, nu s'ar putea constitui nimic.

D. Ignat Bartha: Organizarea pe județe ar urma să se aplice pentru toate breslele, căci ținuturile cari se compun din 6—8 județe sunt teritorii prea vaste pentru a putea corespunde scopului pe care vrea să-l realizeze proiectul de lege.

Pe de altă parte impărțirea țînutală nu cadrează totdeauna cu micile industrii, sau comerțuri a căror existență este în funcție de diferite imprejurări, să spunem geologice, meteorolige, etc. De aici se desprinde lămurit că breslele trebuiesc organizate pe județe, având astfel un cerc mai restrâns, prin ce devin mai mobile. Aceste bresle de altfel trebuie să fie autonome, rămânând, ca organizarea lor să se facă de jos în sus și nu de sus în jos, cum o prevede proiectul.

3. Organizarea breslei se poate face de o parte relativ neînsemnată, $^1/_{10}$ parte a profesiunei respective, care stă chemată să exercite deadreptul privilegii. Astfel o minoritate relativ infima își va putea creia o situație plină de pivilegii în dauna celorlalți profesioniști. Aceste drepturi privilegiate pot denatura în abuzuri chiar, dacă ele se acordă unei minorități numerice care prin abilitate își asigură autorizarea de organizare, deși nu se bucură deloc de încrederea absolută a membrilor.

4. Față de proiectul vechi, proiectul cel nou nu vorbește despre meseriași. Azi nu mai se poate ști că meseriașul unde aparține: la industrie sau la agricultură? Legea trebuie să conțină dispoziții categorice în această privință, repartizându-i la categoria de industrie. Astfel se vor putea înlătura anomaliile și confuziunile din trecut date la suprafață în legătură cu legea electorală.

D. Eftimie Gherman: Art. 16. din proiect vorbește de meseriași.

D. Ignat Bartha: Dar nu spune în ce categorie.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Aceasta nu privește deloc legea breslelor.

D. Ignat Bartha: La art. 2 se arată precis cinci categorii...

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Nu se dă nici un fel de definiție la ce Minister aparține categoriile.

D. Ignat Bartha: Însă nu se arată unde aparțin meseriașii.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Aparțin la Ministerul Muncii ca și până acum. Meseriașii fac parte din categoria muncă.

D. Ignat Bartha: Tot aici se cere a se da și definiția mi-

culuí industriaș și a meseriașului, pentru a se putea face diferențierea între ei.

5. Drepturile câștigate ale asociațiunilor existente trebuesc respectate. Proiectul nu lămurește și nu dă definiția asociațiunilor de fapt, apoi nu determină sfera de activitate a acestora. În deosebi atragem atenția asupra unui fapt covârșitor de important ce se desprinde din proiect prin intențiunea de a se confisca averea acestor asociațiuni. Ar fi un act anticonstituțional, nedrept și contrar cu noțiunea dreptului de proprietate.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: De unde deduceți lucrul acesta?

D. Ignat Bartha: Dacă Vă aduceți aminte, Domnule Ministru, Dvs. ați ținut un discurs la Satu-Mare și cu această ocaziune ați arătat, că aceste asociațiuni de fapt vor urma să funcționeze, fără însă de a avea patrimoniu. Eu mi-am notat atunci această declarațiune și din ea deduc acest lucru.

D. Eftimie Gherman: Discutați proiectul. Există o asemenea dispoziție? Este prevăzut că asociațiunile de fapt vor urma să funcționeze cu sau fără patrimoniu?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Asociațiile actuale se pot transforma în bresle, care își au patrimoniul lor.

D. Ignat Bartha: Ar trebui să faceți o declarație că în adevăr aceste asociațiuni de fapt...

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Să se încadreze în actuala lege a breslelor. Nu putem face insule în Stat.

D. I. N. Drăghici: Nu mai pot avea patrimoniu decât asociațiile persoane juridice. Ori este de fapt, ori este juridică, una din două.

D. Ignat Bartha: D. Ministru a fost de această părere, după câte știu...

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Dv. aveți două căi: Ori să păstrați forma actuală și atunci înseamnă că rămân asociațiuni platonice, sau Vă incadrați în legea breslelor, Vă transformați în persoane juridice și păstrați și patrimoniul.

D. Ignat Bartha: 6. În art. 8 partea 2-a, se cer unele atribuțiuni conducătorilor de breaslă ale căror definiții nu se dau. Astfel aceste noțiuni pot fi interpretate după bunul plac sau într'un fel foarte relativ. De ex., se cere ca un conducător de breaslă să se bucure «*de onorabilitate, capacitate și sentimente naționale*». Ori, cine va fi chemat să constate existența acestor

elemente, pe care proiectul nu le definește în fapt și care nu pot fi decât foarte relative?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Eu aș fi vrut să aud părerea minorității maghiare asupra principiilor de ansamblu ale legii. Dvs. faceți o serie de propuneri de detaliu, care pot face obiectul unei discuțiuni în comisiune, le vom discuta în comisiune, dar eu aș fi dorit să aflu părerea asupra ideologiei generale a proiectului.

D. Ignat Bartha: Va veni acum partea care atinge această chestiune. Dealtfel suntem în drept să facem și o critică generală a proiectului.

7. În fine breasla va trebui să aibă dreptul de a da aprobare contractelor de muncă, preluând astfel în această privință atribuțiile Camerelor de Muncă.

După expunerea obiecțiunilor generale, dați îmi voe, D-lor Deputați, să trec la partea a doua, la cea de a doua latură a obiecțiunilor, ce atinge minoritățile etnice.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Eu zic că nu e partea a doua, căci partea întâia tot obiectul acesta îl avea. (Ilaritate, aplauze.)

D. Ignat Bartha: D-le Ministru, a fost partea generală aceea și acum vine partea a doua, care atinge minoritățile.

Repet, vorbesc în numele minorității maghiare; voi expune cerințele ei și voi căuta să rezum ce am de spus.

La data de 17 Ianuarie 1939, mult regretatul prim ministru Armand Călinescu, în baza tratativelor ce avuseseră loc între Guvern și Minoritatea Maghiară, a dat următorul comunicat de acord bilateral:

„Având în vedere legea pentru înființarea FRN și decretele din 4 August 1938, privitoare la minorități, s'au stabilit următoarele:

„1. Maghiarii cetățeni români, se încadrează în mod corporativ în FRN. În comunele rurale și urbane cu populație mixtă, se formează secții separate maghiare. Aceste secțiuni vor fi reprezentate prin zece membri în Consiliul Superior Național și unul în Directorat. În birourile secretariatelor vor fi numiți și funcționari maghiari corespunzători."

Toate organizațiile profesionale — și Vă rog să rețineți acest lucru — ale maghiarilor cetățeni români din Țară se vor încadra în mod corporativ în diferitele organizațiuni profesionale prevăzute de legile actuale și acelea care vor interveni în

acest domeniu, asigurându-li-se reprezentarea corespunzătoare în forurile conducătoare.

III. În afară de manifestările politice, cari se încadrează toate în FRN, maghiarii cetăţeni români, pot constitui o organizaţiune proprie pentru scopuri *culturale, economice şi pentru opere sociale.*

În baza acestui acord bilateral, în urma căruia minoritatea maghiară a intrat corporativ în FRN, se desprinde în modul cel mai lămurit, că minorităţile etnice urmează a se incadra în bresle în mod corporativ. *Ca o consecinţă naturală, urmează că fiecare breaslă din regiunile cu populaţie minoritară să aibă secţiunea sa minoritară.* În scopul realizării acestui principiu de incadrare corporativă, cerem infiinţarea unui birou administrativ al minorităţii maghiare pe lângă fiecare breaslă, în regiunile locuite de maghiari, fără de a avea personalitate juridică, ce organic aparţine breslei de căre depinde, formând astfel o singură unitate sub o singură conducere de breaslă. Minoritatea Maghiară va fi reprezentată în conducerea breslei şi organele superioare printr'un număr de conducători proporţional cu numărul breslaşilor maghiari. Biroul nu are decât următoarele atribuţiuni: a) Să cultive interesele culturale şi sociale ale membrilor săi, b) să desemneze lista candidaţilor minoritari pentru locurile ce li se cuvin, c) să transmită membrilor ei toate ordinele date de organele superioare, d) să ţine evidenţa membrilor minoritari, servindu-le lămuririle necesare şi dându-le îndrumările cuvenite în limba lor maternă, e) să incaseze cotizaţiile membrilor şi să le verse breslei după deducerea cheltuielilor de administraţie, f) să distribue în numele breslei ajutoarele.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Adică o a doua breaslă.

D. Ignat Bartha: Nu, Domnule Ministru, eri aţi fost de altă părere.

D. N. Jegheanu: De ce nu vreţi Dvs. să fim la un loc cu toţii, să strângem cotizaţiile laolaltă. Suntem cu toţi în Front.

D. Ignat Bartha: Tocmai, avem în Front secţiune maghiară.

D. N. Jeghianu: A fost făcută tocmai în vederea aceasta, ca să stabilim între noi o legătură sufletească, o unire.

D. Ignat Bartha: Nimeni nu este contra acestui lucru. Vrem însă să avem evidenţa membrilor noştri.

Toate celelalte chestiuni importante profesionale urmează a fi tratate în sânul breslei de totalitatea membrilor, prin organele oficiale.

Toți membrii minoritari întrați în breaslă vor fi ținuți în evidență biroului respectiv.

În administrația internă a secțiunii *se va putea folosi limba minoritară. Conducătorii minoritari vor avea dreptul să se folosească în ședințele breslei și de limba lor maternă.*

În afară de cele de mai sus, actualele organizațiuni minoritare cu caracter profesional, având o personalitate juridică, vor continua să funcționeze potrivit statutelor lor, dar independent de organizarea breslelor și numai cu scopul de a promova exclusiv interese culturale și sociale. Un regulament special va prevede în amănunt organizarea internă a secțiunilor.

Voci: Ați denunțat convenția ?

D. Ignat Bartha: Nici nu suntem aci în convenție, fiindcă ne-am abătut dela secțiune și am cerut numai un birou.

Domnilor, aceste principii arătate mai sus au fost acceptate de fostul Primministru dl. Argetoianu și *au fost intocmite de acord cu reprezentanții Ministerului Minorităților.* Acești reprezentanți au acceptat intocmai punctul nostru de vedere, având la baza discuțiilor acordul bilateral din 17 Ianuarie 1939. *Cu aceste dispoziținni urmează a fi complectat proiectul,* procedându-se astfel conform cu acordul bilateral din 17 Ianuarie 1939 și în virtutea bunului spirit de înțelegere reciprocă inaugurat de marele dispărut Armand Călinescu.

Legea, după noțiunile noastre, trebue să tindă spre realizarea binelui public. Astfel, legea trebuie să aibă eficacitate uniformă și egală față de toți cetățenii țării, indiferent de origină etnică. Statul nostru, deși Stat național, dispune de diferite minorități naționale. Suntem convinși că autorii proiectului sub expresia de «*naționalitate română*» au înțeles «*cetățenia română*», indiferent de origina etnică.

Nu pot termina obiecțiunile ce am avut de făcut fără de a nu cere direct *o secție aparte pentru reprezentanții presei minoritare maghiare.*

Totodată simt de datoria mea să semnalez aparte și încăodată, importanța dispozițiunilor *art. 76 din proiect,* care dispune: că toate uniunile, grupările, federațiunile și sindicatele profesionale existente sunt obligate să ceară confirmarea personalității lor juridice. Dispune apoi acest articol de lege că, a căror cerere de confirmare va fi respinsă, sau care n'au făcut asemenea cereri, vor continua să subziste ca asociațiuni de fapt.

Se naşte logic intrebarea în urma acestor dispoziţiuni: ce se va intâmpla cu reuniunile, căminurile, sau societăţile industriaşilor, a căror chemare constă în realizarea scopului indreptat spre promovarea intereselor culturale şi sociale ale membrilor săi minoritari, fără scop profesional, în care asociaţiuni pot fi inscrişi membrii de orice pătură socială. Pot fi supuse aceste instituţiuni dispoziţiunilor arătate mai sus? Eu cred că nu. Căci proiectul intenţionează să elimine numai asociaţiunile pur profesionale şi nu pe cele culturale sau sociale, cari au caracter mai de mult: de casino, loc de distracţie, cu membri amestecaţi, meseriaşi, comercianţi, intelectuali, agricultori, etc.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Aceste asociaţiuni rămân neatinse.

D. Ignat Bartha: Pe de altă parte, aşteptăm să ni se dea lămurire asupra „asociaţiunilor de fapt", o noţiune nouă, necunoscută până azi.

D. P. Firică: Imi daţi voe? Înainte de a exista legea persoanelor juridice şi a sindicatelor profesionale, cetăţenii se puteau asocia — erau asociaţiuni de fapt — şi obţineau personalitatea juridică prin Parlament, dela caz la caz. Numai după ce s'a venit cu această lege, personalitatea juridică a fost acordată în mod automat.

D. Ignat Bartha: Aceasta este posibil în Vechiul Regat, la noi în Ardeal, aceste asociaţiuni de fapt până acum nu erau cunoscute.

D. P. Firică: Insemnează că este o asociaţie liberă, care nu era recunoscută persoană juridică.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Insemnează orice asociaţie, care nu are personalitatea juridică.

D. Ignat Bartha: Ori are personalitate juridică, există şi funcţionează; ori nu are şi atunci nu poate dobândi proprietăţi.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Sigur că nu poate.

D. Ignat Bartha: Atunci revenim la discuţiunea, pe care am arătat-o la inceput.

Celelalte obiecţiuni de ordin mărunt, urmează a fi supuse deliberărilor comisiunii.

Domnilor deputaţi, *problema minoritară există. Această problema neapărat trebue soluţionată, în raport cu demnitatea naţională a poporului român. Această problemă nu poate fi considerată deraiată,* în urma diferitelor vederi. Ea trebue şi urmează a fi deslegată.

Să ştiţi cu toţii un lucru, domnilor deputaţi: *soluţionarea demnă şi cinstită a chestiunii minoritare, inseamnă însăşi o parte din opera de consolidare internă a Statului Român.*

Nu cerem altceva decât faţă de atidudinea noastră loială, *o sinceră manifestaţie a voinţii pentru soluţionarea cinstită şi desăvârşită a problemei minoritare, pe liniile trasate de Armand Călinescu în acordul dela 17 Ianuarie 1939.*

Iată cea mai bună ocazie, domnilor deputaţi, pentru a respecta drepturile, de altfel recunoscute, ale minorităţilor.

Astfel, în cele de mai sus am avut onoarea să mă ocup — în linii mari — de cerinţele minorităţii maghiare în legătură cu proiectul de lege al breslelor.

Intrucât cererile noastre vor fi acceptate, înţelegem să votăm proiectul. (Aplauze.)

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Bibliografie der Stadt Braşov (Kronstadt).

Von: **Dr. Johann Kertész.**

BÜCHER.

Forbáth, Emerich: Die Kanalisation der kgl. Freistadt Brassó in Ungarn. München: Gesundheits-Ingenieur 1910.

Forbáth Imre: Brassó sz. kir. város szabályozó terve. (Bebauungsplan der kgl. Freistadt Kronstadt). Bp. 1911. 7. p.

Forbáth, Emerich: Bebauungsplan für die kgl. Freistadt Brassó in Ungarn. Berlin: Wasmuth 1911.

Fráter István: Brassó gazdasági helyzete a 15—16. század fordulóján. (Die wirtschaftliche Lage Kronstadt's an der Wende des 15—16. Jahrhunderts). Bp.: Fráter 1930. 70 p.

Gusbeth, E.: Das Gesundheitswesen in Kronstadt. 1884—1900. Bd. 1—13. Brassó: Schlandt 1885—1901.

Gusbeth, E.: Zur Geschichte der Sanitätsverhältnisse in Kronstadt. Kronstadt: Selbstverl. 1884. 335 p.

Gusbeth, Chr.: Die Grabdenksteine in der Westhalle der evang. Stadtpfarrkirche in Kronstadt. Kronstadt 1886. 26 p.

Gyárfás Tihamér: A brassói ötvösség története. (Die Geschichte der Kronstädter Goldschmiede). Bp: Ráth 1912. 326 p.

Gyárfás Tihamér: Régi brassói ötvösmüvek. (Die alten Kronstädter Goldschmied-Arbeiten). Bp.: Ráth. 1909. 74 p.

Gyárfás Tihamér: Brassói cimeres levelek és nemes családok. (Die Kronstädter Adelsbriefe und adeligen Familien). Bp.: Róth ny. 1912. 45 p.

Gyárfás Tihamér: A brassói ötvösség történetéből. (Aus der Geschichte der Kronstädter Goldschmiede). Kolozsvár: Stief ny. 1908. 12 p.

Hausmann, W.: Aus dem Leben der Rumänen in Kronstadt. Kronstadt o. J. 11 p.

Hermann, G.: Das alte und neue Kronstadt. Nagyszeben: Michaelis 1883. 476 p.
Imre Sándor: A brassói vándorgyülés története. (Die Geschichte der Kronstädter Wanderversammlung). Kolozsvár 1908. Stief ny. 11 p.
Jekelius, Erich: Kronstadt. Bd. 1. Kronstadt: Burzenlander sächs.-Museum 1928.
Jekelius, Erich: Das Burzenland. Kronstadt. Die Dörfer des Burzenlandes. Kronstadt 1932. 335 p.
Józsa Mihály: A brassói magyar dalárda 25 éves története 1863–1888. (Die 25-jährige Geschichte des Kronstädter ungarischen Sängervereins 1863–1888.) Brassó: Alexi ny. 1889. 116 p.
Koós Ferenc: Az 1848 március 15-iki ünnepély hét éves története Brassóban. (Siebenjährige Geschichte des Festes vom 15. März 1848 in Kronstadt). Brassó: Közmüvelődési Közl. 1892. 35 p.
Lürtz, Fr.: Die Temperatur der Quellen bei Kronstadt. Kronstadt 1856. 15 p.
Miess János: Történeti töredékek a brassói általános nyugdijintézetről. (Geschichtliche Bruchstücke um die Kronstädter allgemeine Pensionsanstalt). Kolozsvár: Stein 1862. 43 p.
Mysz, Edward: Wegweiser für Ausflüge in die Berge und Gebirge der Umgebung von Kronstadt). Brassó 1898. 60 p.
Molnár János: A brassói magyarság és ev. ref. egyház története. (Die Geschichte der Kronstädter Ungarn und der ev. reformierten Kirche). Brassó: Alexi ny. 1887. 133 p.
Orbán Balázs: Brassó sz. kir. város történeti, régészeti és természetrajzi s népismei szempontból. (Die Geschichte Kronstadts aus archeologischen, naturgeschichtlichen und Volksurkunde-Gesichtspunkten). Bp.: Pesti kny. 1873. 160 p.
Orbán Ferenc: A brassói kereskedelmi akadémia és a középfaipariskola 10 évének története. (Die 10-jährige Geschichte der Kronstädter Handelsakademie und Holzindustrieschule). Brassó 1895.
Philippi, Friedr.: Der Bürgeraufstand von 1688 und der grosse Brand von 1689 in Kronstadt. Kronstadt: Heinrich 1878. 39 p.
Philippi, Friedr.: Aus Kronstadt's Vergangenheit und Gegenwart. Begleitwort zum Plan von Kronstadt. Kronstadt 1874.
Rieger, Franz: Schlachten und Kämpfe bei Kronstadt. Kronstadt: Zeidner 1901. 44 p.
Schiel, Gustav: Ein Kronstädter Bürger vor 100 Jahren. Lebensgeschichte des Schuhmachers Johannes Schiel 1750–1830. Brassó: Schneider 1912.
Sebestyén József: A brassói fekete templom Mátyáskori cimerei. (Die Wappen aus der Zeit König Mathia's in der Stadtpfarrkirche). Cluj-Kolozsvár: Minerva 1927. 22 p.
Seraphin-Kühlbrandt: Führer durch die ev. Stadtpfarrkirche. Kronstadt 1913.

Seraphin, Friedr.: Verzeichnis der Kronstädter Zunfturkunden. Kronstadt: Zeidner 1886. 53 p.
Stenner, Friedrich: Die Beamten der Stadt Brassó vom Anfang der städtischen Verwaltung bis auf die Gegenwart. Brassó 1916. 506 p.
Stenner, Friedrich: Quellen zur Geschichte der Stadt Kronstadt in Siebenbürgen. Bd. 1–3. Kronstadt 1886–1896.
Thomas, Karl: Der geplante Kronstädter Privatkurs zur Heranbildung von Lehrerinnen für Volksschulen unserer ev. Landeskirche. Brassó: Gött. 1901. 6 p.
Thör, Rudolf: Fest- und Jahresbericht anlässlich des 75-jährigen Bestandes der Kronstädter allgemeinen Sparkasse für die Zeit von 1835 bis 1909. Brassó: Gött. 1910. 161 p.
Trauschenfels, E.: Kronstädter Zustände zur Zeit d. Herrschaft Stephan Báthoris in Siebenbürgen (1571–1576). Kronstadt 1874. 29 p.
Trauschenfels, E.: Vor 200 Jahren. Bilder aus dem Kronstädter Leben. Kronstadt: Gött. 1875.
Vosz, Franz: Bericht der Handels- u. Gewerbekammer in Kronstadt. Agram: Suppan 1853. 84 p.
Zaminer E.: Geschichte d. Waldwesens d. kön. freien Stadt. Brassó. Brassó 1891. 490 p.
Abrichtungs und Exercier Vorschrift der Kronstädter Bürgerwehr. Kronstadt: Gött. 1848. 55 p.
Amtspflichten und Verrichtungen des Ersten Stadthauptmanns in Kronstadt. Kronstadt 1807. 12 p.
Adatok Brassó sz. kir. város monografiájához. (Daten zur Monographie der königl. Freistadt Kronstadt). Brassó 1892.
Brassó város és környéke uj kalauza. (Der neue Führer durch Kronstadt und Umgebung). Brassó: Alexi ny. 1891. 43 p.
A brassói r. kat. főgimnázium értesitője 1884–85. tanévről. (Bericht des Kronstädter röm. kath. Obergimnasiums vom Schuljahr 1884–85). Brassó 1885. 63 p.
A brassói keresk. és iparkamara jelentése az 1889. évben. (Die Meldung der Kronstädter Handels- und Gewerbekammer aus dem Jahre 1889). Brassó: Alexi ny. 1890–1900.
A brassói magyar középiskolák 1896. évi május hó 9-én tartott millenáris emlékünnepe. (Die Millenar-Gedenkfeierlichkeiten der Kronstädter ung. Mittelschulen am 9. Mai 1896). Brassó: Alexi ny. 1896. 45 p.
A brassói magyarság Kossuth Lajosért. (Die Kronstädter Ungarn für Ludwig Kossuth). Brassó: Alexi ny. 1894. 37 p.
Bericht über die Verwaltung der kgl. freien Stadt Brassó 1911/13. Brassó.
Ältere Gemeinde-Verfassung der Stadt Kronstadt. Kronstadt 1865. 25 p.
Uebersichtliche Darstellung der älteren Gemeinde-Verfassung der Stadt Kronstadt. Kronstadt 1865. 25 p.

Quellen zur Geschichte der Stadt Kronstadt in Siebenbürgen. Brassó 1886–1915.
Die Schlacht von Marienburg bei Kronstadt 1612. Bistriz: Botschak 1891. 4 p.
Die 50 jährige Tätigkeit des Kronstädter Männergesangvereins. Kronstadt: Gött. 1909. 124 p.
Führer durch Kronstadt und dessen Umgebung. Brassó 1915. 130 p.
Emléklap az E. M. K. E. 1888. aug. 19–20-án Brassóban tartott közgyülésére. (Ein Gedächtnisblatt der Generalversammlung der E M. K. E. in Kronstadt am 19–20. Aug. 1888). Brassó 1888. 34 p.
Jahresrechnung der Stadt Brassó und Jahresrechnungen der in der Verwaltung der Stadt stehenden Fonde. 1898–1903. 1911, 1914.
Vor zweihundert Jahren. Bilder aus Kronstadt. Kronstadt 1875. 20 p.
Verhandlungen d. Handels- u. Gewerbekammer für d. Kronstädter Kammerbezirk in Siebenbürgen. Kronstadt 1852.

AUFSÄTZE.

Ároklyi: Brassó. (Kronstadt). N. Társ. 1839.
Ároklyi: II. Brassó. A belváros. Népesség. Vallások. Nyelv. (Kronstadt. Innerstadt. Bevölkerung. Religionen. Sprache). N. Társ. 1839.
Cholnoky Jenő: Brassó földrajzi helyzete. (Die geografische Lage Kronstadt's). Földr. Közl. 1928. p. 1922–212.
Cholnoky Jenő: Brassó. (Kronstadt). Mérn. Egyl. Közl. 1913. p. 384.
Duck Joseph: Geschichte des Kronstädter Gymnasiums. Blätter 1846. 16.
Fischer Emil: Kronstadt Handelsverbindungen mit dem Schwarzen Meer. Bl. Ver. f. siebenb. Landeskunde 1913. 9 sz.
Gohl Ödön: Egy brassóvidéki barbár éremlelet. (Barbaren-Münzen-Fund in der Umgebung von Kronstadt). Numizmatikai Közl. 1908.
Gräser A.: Brassó. Kurzer Beitrag zur Handelsgeschichte von Kronstadt. Blätter 1844. 45.
Gyárfás Tihamér: Régi brassói ötvösök. (Die alten Goldschmiede in Kronstadt). Erdélyi Muzeum XXV. évf.
Gyárfás Tihamér: Brassói ötvösök és ötvösmüvek a 15. és 16. században. (Die Goldschmiede und Geldschmied-Arbeiten aus Kronstadt im XV. und XVI. Jahrhundert). Archeológiai Ért. 1908. 28 k.
Gyárfás Tihamér: Régi falfestmények Brassóban. Egy szines képmelléklettel. (Alte Fresken in Kronstadt). Erdélyi Muzeum 27. évf.
Gyárfás Tihamér: Ezüst könyvtáblák a brassói Szentmiklós templomban. (Silberne Büchertafeln in der Kronstädter Sankt-Nikolauskirche). Archeol. Ért. 1900.
Gyárfás Tihamér: Brassói ötvösmüvek. (Goldschmied-Arbeiten aus Kronstadt). Archeol. Ért. 1909. 29. k. és 1910. 30. k

Gyárfás Tihamér: Cimeres levelek Brassó város le éltárában. (Adelsbriefe im Archiv der Stadt Kronstadt). Turul 1901–07. 27. és 28-ik kötet.
Harsányi Pál: A brassói arany éremlelet. (Der Goldfund aus Kronstadt). Numizm. Közl. 1914. p. 23.
Hermann, G.: Über die Gerichtsbarkeit der ersten Kronstädter. Siebenbürgische Provinzialblätter 1805.
Hermann, G.: Vom Entstehen der Stadt Kronstadt. Sieb. Quart 1801. 299.
Horger Antal: A Brassó név és egy magyar hangtörvény. (Der Name Brassó und ein ungarisches Tongesetz). Magyar Nyelvőr 1904.
Höllriegel, Arnold: Das Schlachtfeld von Kronstadt. Die Zeit 5063. 1916.
Khern Ede: Brassó. Emich N. K. Napt. 1861.
Marienburg, Adolph: Brassó. Kriegsverfassung oder Bürgerwehr der alten Kronstädter. Blätter 1838. 52.
Marienburg, Lukas J.: Braschovias-Burg. Sieb. Prot. Blätter 1805. p. 1.
Marienburg Lukas J.: Földrengés Brassóban ápr. 2. 1803. (Erdbeben in Kronstadt 2. Ap. 1803). Zeitschr. v .Ungarn 1803.
Marienburg, Lukas J.: Ein paar Anmerkungen zur Beschreibung der Burzenländer und Kronstädter Wappens gehörig. Sieb. Prot. Blätter 1807. p. 180.
Marienburg, Lukas J.: Brassó. Historische Merkwürdigkeiten aus dem Burzenland. Sieb. Quart. 1801. p. 225.
Menschendörfer, A.: Der Kronstädter Stadtrichter Michael Weis. 1569–1612. Die Karpathen VI. évf. 1913. p. 40–51.
Moesz Gusztáv: Milyen füszert és gyümölcsöt ismertek a brassóiak a XVI. században. (Welche Gewürze und Obst kannten die Kronstädter im XVI. Jahrhundert). Uránia 1913. p. 74–76.
Moesz Gusztáv: Brassó halgazdasága és halpiaca a XVI. században. (Kronstädter Fischzucht und Fischmarkt im XVI. Jahrhundert). Halászat 1924. 10. p. 22–23., 11–12. p. 35., 15–16. p. 47.
Molnár: Brassói magyar lutheránus egyház. (Die ungarisch-lutheran. Kirche in Kronstadt). Házi Kincstár 1864. p. 227, 243, 258.
Müller, G. F.: Die Grafen des Kronstädter Distriktes bzw. des Kronstädter Provinzialverbandes. Arch. d. Ver. f. siebenbürg. Landesk. 1925. p. 307–89.
Neller Mátyás: Brassó. (Kronstadt). Korunk Szava 1937. 22. p. 667–68.
Orendi János: Brassóvidék. (Kronstadt's Umgebung). Progr. des Gymn. zu Schässburg 1859. p. 3–33.
Porzó: Brassó népe. (Die Bevölkerung Kronstadt's). Magyarország és a Nagyvilág 1876. 37–45.
Rauch, M.: Georg Ostermayer aus Kronstadt. Beil. d. Staatsanzeigers f. Württenberg. 1924. 7. p. 149.

Réth Lajos: A székely leányok Brassóban. (Székler Mädchen in Kronstadt). Vasárnapi Ujság 1874. márc. 1. p. 138–39.
Szemlér Ferenc: Brassó. (Kronstadt). Budapesti Hirlap 1934. dec. 25. p. 47., Nyugat 1932. 22 p. 4646–67.
Teörök Károly: Brassó látképe, fellegvára s a Cenk hegye. (Ansicht Kronstadts, der Zitadelle und der Berg Cenk). Hazánk és Külföld 1868. 17 p.
Trausch J.: Alte Namen des Kronstädter oder Burzenländer Distrikts und seiner Ortschaften aus Urkunden verzeichnet. Arch. f. sieb. Landesk. 1845. p. 163.
Veress Endre: Adatok Brassó város számadáskönyveiből. (Daten aus den Rechnungsbüchern Kronstadt's). Erdélyi tört. ért. 1913. p. 49.
Zeyden: Brassó. Gemeinnütziges Wirken in einem Marktflecken des Burzenlandes. Bläter 1841. 4.
Benkner János Brassó város birája 50 mázsa salétromot kér Kassától. (Der Richter Kronstadt's, Benkner Johann bittet um 50 Zentner Salpeter aus Kassau). Tört. Közl. Abauj vm. multjából 1912. p. 168.
Brassó. Hirnök 1837. 46.
Brassó. Einwohnerzahl von Kronstadt. Blätter 1846. 14.
Brassó. Képes Ujság 1860. II. 18.
Brassó. Magyarország és a Nagyvilág. (Ungarn und die Welt). 1868. 44.
Brassó. Vasárnapi Ujság 1869. 15. p. 201.
Erőditmények Brassóban. (Befestigungen in Kronstadt). Arch. Ért. 1870. 22. 160.
Brassói üzemredukció. (Betriebsreductionen in Kronstadt). Consum 1924. 42. p. 9.
Brassói pénzváltók. (Die Kronstädter Geldwechsler). Hazánk és Külf. 1870. 5.
Chorographie v. Burzenland. Sieb. Quart 1795. p. 105., 327.
Comités de Brassó e literis coaerris eruti. Arch. f. siebenb. Landeskunde 1845. p. 168.
Das älteste Stadtsiegel von Kronstadt. Magazin f. Gesch. und Liter. Siebenb. 1844–45. p. 29, 190.
Des Grafen Thököli Einfall in Burzenland dessen Schlacht bey Tohán, und Zernest und Abmarsch aus Siebenbürgen. 1690 aug. 13. Deutsche Fundgruben 1840. 235. p.
Egyházi edények Brassóban. (Kirchliche Gefässe in Kronstadt). Arch. Ért. 1869–70. p. 21.
Jezsuiták tanodája Brassón. (Die Schule der Jesuiten in Kronstadt). Merkur v. Ungarn 1787. p. 161.
Kronstädter Hochzeitordnung vom Jahr 1772. Blätter 1845. 35.
Miseöltönyök Brassóban. (Messgewänder in Kronstadt). Arch. Ért. 1870. p. 18., 21.
Az Orsz. Polgári Iskolai Egyesület közgyülése Brassóban. (Die Generalversammlung des Landesvereines der Bürgerschulen in Kronstadt). Ország Világ 1902 jul. 20. p. 581–82.

Verhältnis der Stadt Kronstadt gegen die umliegenden Dörfern. Quartalschrift 1801.

Rézkorona Brassóban. (Kupferkrone in Kronstadt). Arch. Ért. 1870. p. 22.

Siremlék Brassóban. (Grabdenkmal in Kronstadt). Arch. Ért. 1870. p. 3., 22.

Templom Brassóban. (Kirche in Kronstad). Arch. Ért. 1870. p. 21. 180.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Wie viele Slowaken leben im Ausland?

Seitdem die Slowakei verfassungsgemäss selbständig wurde, finden sich unter den Slowaken selbstverständlich Viele, die trachten, um die Zahlenstärke ihres Volkes zu erhöhen, auch die im Ausland lebenden Slowaken mitzurechnen. Diese Berechnung könnte aber nur dann ein richtiges Ergebnis bringen, wenn in den statistischen Daten der verschiedenen Länder das Zahlenbild der dort lebenden Slowaken zutreffen würde. Wann dieses Bild aber richtig ist, hängt davon ab, auf welcher Grundlage die Zählung durchgeführt wird. Denn, wenn die Abstimmung als Grundlage genommen wird, müsste bei jedem Gezählten Nachforschung gemacht werden und selbst dann ist zweifelhaft, ob das Ergebnis ein genaues wäre. Wir betrachten unsererseits das Prinzip der Selbstbekennung als das richtigste, wonach jeder als Mitglied der Nation eingeschrieben werden soll, zu welcher er sich bekennt. Andere Auffassung vertritt Dr. J. Sventons, der in der „Nastup" einen Überblick über die im Ausland lebenden Slowaken darstellt, welcher die Zahl der in Ungarn vorhandenen mit 629.000 angiebt, aber bemerkt, dass von diesen nur 233.000 slowakisch sprechen.

Mit derartiger Berechnung kommt Dr. J. Sventons zum Ergebnis, dass im Ausland insgesamt 1,498.000 Slowaken leben, u. zw.:

In Ungarn	396.000	slowakisch nicht sprechende
	233.000	slowakisch sprechende
In Jugoslawien .	74.000	
In Rumänien . . .	41.000	
In Frankreich . .	40.000	
In Deutschland . .	12.000	
In Belgien	10.000	
In Bulgarien . . .	2.000	
In U. S. A. . . .	620.000	
In Kanada	40.000	
In Argentinien . .	20.000	
In Brasilien . . .	6.000	
In anderen Staaten	4.000	

Da in der Slowakei, als staatserhaltendes Volk 2,200.000 Slowaken leben, ist die Gesamtzahl aller Slowaken 3,698.000 hoch.

Zahlenangaben über die in Jugoslawien lebenden ungarischen Diplomierten.

Der *Agramer Verein der Ungarischen Universitätshörer* stellte unlängst einen statistischen Ausweis auf über die in Jugoslawien lebenden ungarischen Diplomierten, die nach Abschluss ihrer Hochschulstudien zwischen 1924 und 1938–1939 Diplome erlangten.

Aus dieser Zusammenzählung geht hervor, dass an der Agramer Hochschule 75 röm. kath. Priester, 60 Juristen, 52 Pharmazeuten, 22 Aerzte, 10 Professoren, 2 Maschinen-Ingenieure, 2 Elektro-Ingenieure, 2 Kultur-Ingenieure, 1 Chemiker und 1 Tierarzt, an der Belgrader Hochschule aber 8 Aerzte, 10 Professoren und 7 Ingenieure das Diplom erhielten.

Nicht erwähnt sind die an der juridischen Fakultät in Szabadka absolvierten ungarischen Juristen, deren Zahl wohl unbedeutend sein mag und wenn wir noch die 15 reformierten Priester zählen, deren im Ausland erworbenes Diplom anerkannt wurde, kommen wir zum Ergebnis, dass im vergangenen anderthalb Jahrzehnt kaum mehr als dreihundert ungarische Diplomierte für die Minderheit Jugoslawiens heranwuchsen, jährlich und durchschnittlich nur zwanzig. Dies ist wirklich erstaunlich wenig für eine fast eine halbe Million zählende Minderheit.

In dem Rundschreiben des Agramer Vereines der Ungarischen Universitätshörer, welches die oben erwähnten Angaben enthält, ist noch folgendes zu lesen:

„In unzähligen Fällen sucht man unseren Verein auf mit Briefen, worin für eine ungarische Ortschaft ein ungarischer Arzt, Tierarzt oder Advokaturskandidat gesucht wird. Schon diese Tatsache beweist, dass der Nachschub der ungarischen Intellektuellen hinter den Anforderungen zurückbleibt. Auch wenn man in den mit ungarischer Mehrheit bewohnten Ortschaften Umschau hält, sieht man, wie viele Plätze das Ungartum in Ermangelung entsprechender Heranbildung verliert. Bemerkenswert ist diesbezüglich, dass in den jüngstvergangenen Schuljahren immer mehr arme ungarische Hochschüler unserem Verein beitraten. Unser Verein verfasste im verflossenen Schuljahr eine genaue Beschreibung der sozialen Schichtung der Eltern unserer Vereinsmitglieder und deren beiläufiger Vermögensverhältnisse. Aus dieser Statistik geht hervor: 40 % unserer Vereinsmitglieder sind Kinder kleiner Leute (Landleute 16, Kleingewerbler 16, Kleinkaufleute 8, Arbeiter 3). Diese können ihre Studien nur mit grössten Schwierigkeiten – mit Hilfe verschiedener sozialer Einrichtungen und unserer Vereinsmensa – fortsetzen. Danach lässt sich denken, welch neueren Rückfall unser Intellektuellen-Nachschub erleiden würde, wenn unseren Vereinsmitgliedern nicht die Vollendung ihrer Studien gesichert werden könnte."

Director, girant răspunzător şi proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj